

Wie ist das Interesse an Schul-iPads?

Im Februar soll das Projekt beginnen – weshalb es keine Anmeldungen gab

Von Anke Hollingshaus

WIESBADEN. Mit zwei Veranstaltungen im Januar will die Stadt die weiterführenden Schulen über das Projekt 1:1 ausführlich informieren. Das berichtet das Schuldezernat auf Anfrage dieser Zeitung. Die Stadtverordnetenversammlung hatte, wie berichtet, in ihrer jüngsten Sitzung das Okay dafür gegeben, dass in Wiesbaden weiterführende Schulen, beginnend mit dem jetzigen Fünfer-Jahrgang, mit iPads ausgestattet werden, – wenn die jeweilige Schule das möchte.

Eltern beteiligen sich mit zehn Euro monatlich

Jährlich stehen dafür 1,1 Millionen Euro aus dem städtischen Haushalt zur Verfügung. Die Eltern der Kinder beteiligen sich in einem Leasing-Modell mit höchstens zehn Euro im Monat. Wer Leistungen nach dem Bildungs- und Teilhabegesetz bezieht, muss nichts bezahlen. Nach vier Jahren sollen die Geräte durch neue ersetzt werden. Innerhalb von sechs Jahren will man so eine ganze Mittelstufe, also vom Jahrgang Fünf bis zum Jahrgang Zehn ausgestattet haben.

iPad-Projekt wird auch im Internet vorgestellt

Bei den Infoveranstaltungen will die Stadt das Gesamtkonzept noch einmal vorstellen, ein Beispiel aus der Praxis präsentieren, wie es funktionieren kann, außerdem über das Fernwartungskonzept des Medienzentrums berichten und mit Vertretern des Staatlichen Schulamts ein pädagogisch-didaktisches Konzept vorstellen. Eingeladen sind Schulleiter und Schulleiterinnen sowie die IT-Beauftragten der Schulen. Auf seiner Webseite wird auch

das Medienzentrum demnächst ausführlich über das Thema informieren.

Etwa 30 Schulen sind nach Auskunft des Dezernats teilnahmeberechtigt. Konkrete Anmeldungen gebe es noch nicht, aber „das informelle Interesse ist groß.“ Ob sie mitmacht, entscheidet jede Schule für sich. Wie dieser Entscheidungsprozess an den einzelnen Schulen läuft, inwieweit Eltern mit eingebunden werden, ob es beispielsweise ein Quorum gibt an Mindestzustimmung, das kann die Stadt als Schulträger nicht bestimmen, sondern dies obliegt der einzelnen Schule. Um mitzumachen, sollten die Schulen folgende Voraussetzungen erfüllen. Es muss WLAN vorhanden sein, das ist laut Stadt an nahezu allen Schulen der Fall. Sollte die Kapazität nicht ausreichen, „werden die fehlenden Möglichkeiten“ schnell geschaffen. Die Schule sollte ein pädagogisches Konzept entwickelt haben und das Kollegium sollte „im Umgang mit mobilen Geräten geschult oder bereit sein, sich zu schulen.“

Konkrete Fragen der Schulen würden bei und nach den Infoveranstaltungen besprochen. Bisher gebe es „vereinzelt“ Bedenken, was die Kapazität der Lehrkräfte angehe und bezüglich der Information der Eltern.

Änderungsvorschläge sind noch möglich

Noch ist nicht alles festzurrt. Man werde selbstverständlich „hilfreiche Änderungsvorschläge“ annehmen. Wünsche und Anregungen der interessierten Schulen und auch der Eltern gingen selbstverständlich in die konkrete Arbeit ein. Festgelegt sind laut Stadt aber Geräteart, Zubehör, Finanzierungshilfen seitens der Stadt und die Finanzierungsmöglichkeiten der Eltern.